

# **PRESSEMITTEILUNG**

## **BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER PATIENTINNENSTELLEN (BAGP)**

Dienstag, 5. Oktober 2004

### **Rücknahme der Kopfprämie beim Zahnersatz**

### **Die Interessen der Arbeitgeber und**

### **Zahnärzte bleiben gewahrt - Patienten**

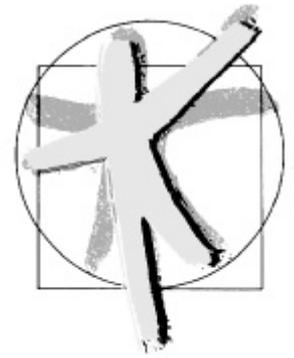
### **zahlen die Reform allein**

In erster Lesung verabschiedete der Deutsche Bundestag am 1.10.04 mit rot-grüner Mehrheit eine Teilrücknahme der geplanten Zahnersatzversicherung.

Für PatientInnen wird der Zahnersatz auch bei der neuen Regelung teurer, da sie den Arbeitgeberanteil des Beitrages bei der gesetzlichen Krankenversicherung mit finanzieren müssen. Durch die Rücknahme der einkommensunabhängigen Kopfpauschale bleibt immerhin die soziale Gerechtigkeit innerhalb der Versichertengemeinschaft erhalten.

Die Regierung rechnet mit Einsparungen der Arbeitgeber und der Rentenversicherungsträger ab 2006 in Höhe von ca. 4 ½ Mrd. Euro. Die öffentlichen Haushalte sollen um ca. 380 Mio. Euro entlastet werden.

Die Einführung von befundorientierten Festzuschüssen, eine zentrale Forderung der Zahnärzte, wurde bestätigt. Dies bedeutet die Zahlung eines festen Betrages durch die Kassen für beispielsweise den Befund „ein fehlender Zahn“. Nach dem alten Abrechnungsmodus wird die gesamte Behandlung prozentual bezuschusst in Abhängigkeit von den real entstehenden Kosten.



BUNDESARBEITS-  
GEMEINSCHAFT DER  
PATIENTINNENSTELLEN  
-GESCHÄFTSSTELLE-

AUENSTR. 31  
80469 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 76755131  
FAX 089 / 7250474

e-mail:  
mail@patientenstellen.de

internet:  
<http://patientenstellen.de>

INFO-TELEFON:  
MONTAG-DONNERSTAG  
13-14 UHR

Die Übertragbarkeit dieser Festzuschüsse auf nicht-kassenfinanzierbare Leistungen erleichtert den Zahnärzten, Angebote nach der teureren privatärztlichen Gebührenordnung zu machen und damit steigen ihre Verdienstchancen. Für Patienten wird es hingegen ab 2005 noch schwerer, zwischen der kassenfinanzierten, sogenannten Regelversorgung und zusätzlichen privatärztlichen Angeboten zu unterscheiden.

Sie stehen verstärkt vor dem Dilemma als selbstbewusste Kunden dem Dienstleister Arzt gegenüberzutreten und gleichzeitig als Patient oder Patientin auf ärztlichen Rat und ein gutes Vertrauensverhältnis angewiesen zu sein.

Der Umbau des Gesundheitssystems findet überwiegend auf Kosten der Patienten statt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Patientenstellen fordert eine solidarische Finanzierung, den Ausbau des Verbraucherschutzes und deutlichere Mitbestimmungsrechte in einem System, das die Versicherten zunehmend selbst finanzieren.

***Verantwortlich: Emmeram Raßhofer, Geschäftsstelle der BAGP***